

Region ist sehr besorgt über Flughafenpläne

Euro-Airport Gemeinden, Anwohner und Politiker befürchten in Zukunft mehr Flugbewegungen – und damit mehr Lärm.

VON BORIS BURKHARDT UND REGULA VOGT

Der Sachplan Infrastruktur der Luftfahrt (SIL) für den Euro-Airport, den das Bundesamt für Zivilluftfahrt (Bazl) bekannt gegeben hat, sorgte bei den Gemeinden nicht für Begeisterung (bzv von gestern). Nun äusserte sich auch der Schutzverband der Bevölkerung um den Flughafen Basel-Mulhouse besorgt, der Fluglärm könnte zunehmen und die Lebens- und Wohnqualität werde beeinträchtigt, sollte der Sachplan umgesetzt werden.

Der SIL erlaube dem Euro-Airport «ein nahezu unbegrenztes Wachs-

tum», da im Falle einer zweiten Nord-Süd-Piste der Plan neu aufgelegt würde und die Lärmschutzzonen «entsprechend angepasst werden», was erweiterte Bauverbote zur Folge hätte. Das Bazl geht in seinen Berechnungen von 150 000 Flugbewegungen im Jahr aus, fast eine Verdoppelung gegenüber 2010. Besonders skeptisch sind der Schutzverband wie auch der Gemeindeverbund Flugverkehr gegenüber dem Bahnanschluss an den Flughafen, der nur zu mehr Flugverkehr führen werde. Auch die Auskunft des Bazl, der Euro-Airport solle nach Zürich und Genf der dritte nationale Flughafen werden, lässt den Schutzverband befürchten, dass «Nachtflüge, die seit 2011 in Zürich verboten sind, Aufnahme im zukünftigen Flugplan des EAP finden» könnten.

Dieselbe Befürchtung äussert der Basler Grossrat Christoph Wydler (EVP/DSP) in seiner gestrigen Interpellation: In den Grundlagenpapieren des SIL werde der Euro-Airport

«Nachtflüge, die seit 2011 in Zürich verboten sind, könnten Aufnahme im zukünftigen Flugplan des EAP finden.»

**Schutzverband
Flughafenanwohner**

als «Flughafen für die Region» definiert. Er solle sich demnach «auf regional erforderliche Interkontinentalflüge und auf den Europaluftverkehr ausrichten». Mit dem Bahnanschluss

sollten für den EAP jedoch «die Voraussetzungen für eine sinnvolle Verkehrsteilung zwischen den Landesflughäfen geschaffen werden».

Der Allschwiler Gemeinderat Robert Vogt wies gestern noch einmal darauf hin, dass Organisationen und Private bis zum 23. Juni Zeit haben, sich vernehmen zu lassen. Die Unterlagen sind online unter www.bazl.admin.ch/sil sowie in der Baselbieter Finanz- und Kirchendirektion einsehbar. Die Stellungnahmen sind schriftlich einzureichen beim Bazl, Sektion Sachplan und Anlagen, 3003 Bern. Bazl-Sprecher Anton Kohler betonte, dass bei der Auswertung nicht die Quantität, sondern die Qualität der Eingaben entscheidend sei. Um einer Eingabe Gewicht zu verleihen, sei es deshalb wichtig, sie detailliert zu begründen.